

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illust. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Bo-
sten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

N 128.

Sonnabend, den 30. Oktober

1897.

Herbst-Kontroll-Versammlungen betr.

Die diesjährigen Herbst-Kontroll-Versammlungen in dem Amtsgerichtsbezirk Eibenstock, zu welchem sämtliche Mannschaften der Reserve, Dispositions-Urlauber und die zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen zu erscheinen haben, werden abgehalten:

1) in Eibensklodi, im Feldschlößchen:

Mittwoch, den 3. November 1897, Nachmittags 3 Uhr
für die Beurlaubten aus Eibenstock, Hundshäbel, Muldenhammer, Reichardtsthal, Wolfsgrün, Blauensthal, Sofa, Wildenthal und Carlsfeld.

2) in Schönheide, vor dem Rathhause:

Donnerstag, den 4. November 1897, Vormittags 8 Uhr
für die Beurlaubten aus Schönheide, Schönheiderhammer, Reicheide, Ober- und Unterstängeln.

Die **Militärpapiere** sind mitzubringen.
Besondere Gestellungsbefehle oder öffentliche Anschläge werden nicht ausgegeben. Unentschuldigtes Ausbleiben oder zu spätes Eintreffen auf dem Kontrollplatze wird **mit Arrest** bestraft.

Gesuche um Befreiung von der Kontrollversammlung sind, gehörig begründet, **rechtzeitig an den Bezirksfeldwebel** einzureichen.

Königliches Bezirks-Kommando Schneeberg.

Die Stelle eines Polizeidiener's

verbunden mit der Hausmannsstelle im Schulhause, ist von hiesiger Gemeinde zu vergeben. Für die hier übertragenen Obliegenheiten wird ein jährlicher Gehalt von 700 M. nebst freier Wohnung und Heizung gewährt.

Interessenten wollen sich bis **15. November d. J.** bei der unterzeichneten Gemeindebehörde persönlich melden und ihre Zeugnisse vorlegen.

Schönheide r h a m m e r, den 27. Oktober 1897.

Der Gemeindevorstand.
Vollst.

Die neu gegründete Stelle eines **Schulhausmannes**, dem gleichzeitig die Bedienung der Centralheizung des betreffenden Schulgebäudes obliegt, ist hier baldigst zu besetzen. Der Stelleninhaber soll außer freier Wohnung und Heizung 1000 Mark jährlich erhalten, in welchen Bezügen die Vergütung für die zu leistende Mithilfe seiner Ehefrau sowie 100 M. Entschädigung für Reinigungsarbeiten mit inbegriffen sind. Bewerbungen mit Angaben über Familienverhältnisse und bisherige Beschäftigung sind unter Beifügung des Nachweises der Unbescholtenheit bis zum **3. November 1897** beim hiesigen Gemeindevorstand einzureichen, wofür auch über die sonstigen Anstellungsbedingungen Auskunft erteilt wird.

Der Schulvorstand zu Schönheide.
Gem.-Vorst. Haupt, Vorsitzender.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Beseitigung der Missstimmung zwischen dem hessischen und badischen Hofe, die angeblich die Ablehnung des Besuchs des Großherzogs von Baden durch den hessischen Erbprinzen herbeigeführt hat, sind, wie es heißt, bereits Schritte gethan worden: Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe ist Dienstag Vormittag nach Baden-Baden abgereist. Aus Darmstadt wird hierzu noch weiter gemeldet: Der Oberstleutnant v. Westphalen hatte Dienstag Vormittag eine längere Besprechung mit dem Grafen Murawiew und dem General v. Richter. Graf Murawiew wurde darauf vom Prinzen empfangen. — Weiter wird darüber noch berichtet: Die Darmstadt-Badener Angelegenheit darf als definitiv beigelegt gelten. Bestätigt wird von allen Seiten, daß der telegraphische Verkehr zwischen den beiden Fürsten direkt stattgefunden hat und daß die Hofämter daran unbetheilt waren, ebenso dürfte auch der hessische Hof dem Kaiser Nikolaus gegebenenfalls Antwort völlig fernstehen.

— Zur Arbeiterfrage auf dem Lande veröffentlicht der „Reichsbote“ eine längere Zuschrift des praktischen Landwirthes G. Schüge in Lützelhof (Westpreußen), aus der wir folgende Sätze wiedergeben: „Wenn der Professor Böning neulich in Köln gemeint hat, daß das Verbot der Koalitionsfreiheit unsere Arbeiter in die großen Städte schiebt, dann befindet dieser Herr sich in einem großen Irrthum. Unsere Leute hängen sich überhaupt noch nicht nach einem Vereinigungsrecht, sie wissen nicht einmal, was das ist. Diese Sehnsucht wird erst kommen, wenn die Pioniere der Sozialdemokratie ihre Fühlhörner auch bei uns auf dem Lande ausgebreitet haben. Das ist Gott sei Dank noch nicht der Fall. Dieser Fall wird aber eintreten, wenn die Herren Professoren sich fortwährend mit der ländlichen Arbeiterfrage beschäftigen, von der sie durchaus gar nichts verstehen, und Reden halten, welche die Arbeiter auch nicht verstehen, sondern die nur böses Blut machen. — Die Arbeiter werden ihre Lage auch ohne der Professoren Weisheit verbessern, denn sie haben den Arbeitgebern gegenüber, sozusagen, das längste Ende in der Hand und beherrschen uns vollständig durch den Arbeitermangel

und das Recht der Freizügigkeit. Die Arbeitgeber müssen ihnen, ohne daß Gesetze geschaffen werden und ohne das Zutun Dritter, nachgeben, soweit es in ihren Kräften steht. Welcher Arbeitgeber würde wohl so thöricht und kurzsichtig sein und den Leuten nicht das bewilligen, was zu geben ihm keine sekundären Mittel erlauben und wozu ihn seine Wirtschaftsverhältnisse zwingen? Die Leuteldöhne sind im Laufe der letzten dreißig Jahre um 50 pCt. gestiegen, ein Beweis, daß die Lage der Arbeiter sich kolossal verbessert hat, und das nicht in Folge von gelehrten Abhandlungen und sozialpolitischen Reden, sondern ganz allein durch das eberne Gesetz des Erhaltungstriebes, des Kampfes ums Dasein. — Rein, verehrter Herr Professor, die Leute ziehen nur aus Genuß- und Vergnügungssucht in die Städte. Ein anderes Motiv ist die Ungebundenheit, die goldene Freiheit, die sie dort zu haben glauben, heute mal hier, morgen mal dort arbeiten zu können, natürlich zum Schaden der Arbeitgeber und auch sehr oft zu ihrem eigenen Schaden, denn die unthätige Lebensweise demoralisirt die Menschen, sie verfallen dem Elend und gehen zu Grunde.“

— Zur Bekämpfung der Weinfälschungen hat das preuß. Ministerium angeordnet, daß eine möglichst scharfe Kontrolle der Weine, namentlich aus solchen Geschäften kommt, stattfinden solle, welche zu Schleuderpreisen verkaufen oder welche des Ankaufs von Trebern, Rosinen u. ähnlichen Artikeln in größerer Menge verdächtig erscheinen. In gleicher Weise sollen alle Weinschänken, sowie die zur Ausfuhr bestimmten Weine beaufsichtigt werden. Durch die Polizei sollen zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit Proben den genannten Stellen entnommen werden, um dadurch festzustellen, ob die Weine den gesetzlichen Anforderungen entsprechen oder nicht.

— Oesterreich-Ungarn. Die ohnehin schon sehr verwickelte Lage in Oesterreich hat sich durch den am 26. d. erfolgten Rücktritt des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Rathrein noch ernster gestaltet. Dr. Rathrein gehört der katholischen Volkspartei an und sein Entschluß, die Präsidentschaft niederzulegen, hängt zweifellos mit der Haltung zusammen, welche seine Partei in jüngster Zeit zur deutschen Einverleibung eingenommen hat. Schon der Antrag Dipauli zeigte aufs deutlichste, daß die Deutschkrisen nicht

mehr geneigt seien, wie bisher den Tschechen und Polen im Kampfe gegen das Deutschthum Gefolgschaft zu leisten. Es ist daher begreiflich, daß im Augenblick, wo die Rechte von dem bisherigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses eine strengere Handhabung der Geschäftsordnung verlangte, um die Obstruktion der Deutschen völlig lahmzulegen, Dr. Rathrein es vorzog, sich zurückzuziehen und daß er offen erklärte, „er sei selbst ein Deutscher und wolle daher nicht als Sturmbock gegen seine Volksgenossen dienen“. Wer sein Nachfolger sein wird, läßt sich bis zur Stunde nicht sagen. Wie aus Wiener Meldungen hervorgeht, scheint man dort geradezu eine Präsidentschaftskrise zu befürchten; denn Dr. Blicor Buchs und Dr. Ebenhoch, beide der katholischen Volkspartei angehörig, haben die ihnen angebotene Kandidatur abgelehnt. Da die Volkspartei demnach jetzt überhaupt abgeneigt scheint, unter den jetzigen Umständen den Präsidenten zu stellen, andererseits aber auch der Auffstellung eines polnischen oder tschechischen Kandidaten große Schwierigkeiten entgegenstehen, ist eine schnelle Lösung der Präsidentschaftsfrage kaum zu erwarten.

— Frankreich. Die Peereskommission der Kammer hat die Vorlage betreffs der Zerlegung des 6. Korps in zwei angenommen. — Im Generalrath des Seine-Departements entwickelte Gervais einen Antrag, der ihm durch die Wünsche der „nationalen Allianz“ für die Wiederbevölkerung Frankreichs“ eingegeben worden ist. Der Antrag geht dahin, daß allen Familienvätern, deren Jahreseinkommen nicht 2400 Frank übersteigt, für jedes Kind, vom dritten angefangen, eine Summe von 50 Frank pro Jahr gewährt werde. Der Antrag fand allgemeine Zustimmung und wurde an die Verwaltung und an den Budgetausschuß verwiesen.

— Amerika. New-York. Der Expresszug von Buffalo nach New-York stürzte am Sonntag früh in den Hudson. Der Damm, der die Schienen trägt, ist wahrscheinlich vom Wasser unterhöhlt gewesen und hat nachgegeben; die Geleise sind dann mit der Maschine und sieben Wagen in den Fluß gerutscht. Die Zahl der getödteten Personen wird auf 28 geschätzt. Einige Reisende wurden dadurch gerettet, daß man von Booten aus die Wagenbücher einschlug und die Personen herauszog.

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden allgemeinen Einschätzung zur Einkommensteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration des steuerpflichtigen Einkommens ausgesendet.

Denjenigen, welchen eine derartige Aufforderung nicht zugesendet werden wird, steht es frei, eine Deklaration über ihr Einkommen bis zum **10. November 1897** bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Zu diesem Zwecke werden bei letzterem Deklarationsformulare unentgeltlich verabfolgt.

Gleichzeitig werden alle Vormünder, ingeleichen alle Vertreter von Stiftungen, Anstalten, Personenvereinen, liegenden Erbschaften und anderen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen beziehentlich für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Anstalten u. s. w., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Deklarationen bei dem Unterzeichneten auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Schönheide, am 26. Oktober 1897.

Der Gemeindevorstand.

Stockholz-Versteigerung auf dem Staatsforstrevier Wildenthal.

Donnerstag, den 4. November 1897, von Nachmittags 2 Uhr an
sollen im Drechsler'schen Gasthose in Wildenthal nachverzeichnete in den Abtheilungen 2, 8, 20, 33, 66, 79, 85 und 88 aufbereitete

2705 Rm. weiche Stöcke

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.
Kgl. Forstrevierverwaltung Wildenthal u. Kgl. Forstrentamt Eibenstock,
Schneider. am 28. Oktober 1897. Gerlach.

Holz-Versteigerung auf dem Staatsforstrevier Johannegeorgenstadt.

Sonnabend, den 6. November 1897, von Vorm. 9 Uhr an
sollen im „Rathskeller“ in Aue folgende in den Abtheilungen 2-14, 17, 18, 20-23, 25, 27-43 und lit. I (Bruch) aufbereitete Kuchhölzer und zwar:

3732 Stück weiche Hölzer von 16-22 cm Oberstärke,	} 3, m lang.
661 " " " " " " " " " " " "	
91 " " " " " " " " " " " "	

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.
Kgl. Forstrevierverwaltung Johannegeorgenstadt und Kgl. Forstrentamt Eibenstock,
Gerlach. am 29. Oktober 1897. Gerlach.